



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Moratorium zur Neustrukturierung der Beratungsstellenlandschaft

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt das auf der Wahlveranstaltung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege am 3. März 2011 gemeinsam verabredete und am 9. März 2011 auf einem Wahlforum der Diakonie bekräftigte Moratorium zur Neustrukturierung der Beratungsangebote und der im Rahmen des Einzelplanes 05 des Doppelhaushalts 2010/2011 geförderten Träger zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, dem Prozess der Neustrukturierung bis Mitte 2013 ausreichend Zeit zu gewähren.
2. Der Landtag sieht aus diesem Grund von Kürzungen bei den betroffenen Trägern und Beratungsangeboten im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen ab und fordert die Landesregierung auf, diesem Umstand schon bei Haushaltsaufstellung Rechnung zu tragen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Prozess der Neustrukturierung weiterhin aktiv zu unterstützen und dem Landtag bis zum Frühjahr 2013 eine entsprechende Entscheidungsgrundlage zu übergeben.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, die im Prozess der Neustrukturierung notwendige Abstimmung der Finanzierungsmodalitäten mit Trägern und Kommunen so zu führen, dass die Zahlung tarifgebundener existenzsichernder Einkommen gesichert sowie die Verantwortung der Kommunen gestärkt wird.

Begründung

Durch Beschluss des Landtages (Drs. 5/67/2252 B) vom 13. November 2009 wurde die Landesregierung aufgefordert, bis zum III. Quartal 2010 für die unterschiedlichen Beratungsangebote unter Einbeziehung der Träger, der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und der kommunalen Spitzenverbände, Grundlagen für die jeweilige struktu-

(Ausgegeben am 01.06.2011)

relle und inhaltliche Entwicklung zu erarbeiten und in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales, für Finanzen sowie für Landesentwicklung und Verkehr zu berichten.

Ein Zwischenbericht der Landesregierung liegt vor, dieser wurde in den genannten Ausschüssen vorgestellt. Im Zuge der Ausschussberatungen wurde ein entsprechender Haushaltssperrvermerk hinsichtlich der Inanspruchnahme der VE für das Jahr 2011 aufgehoben, da eine aktive Mitarbeit der betroffenen Träger am Prozess der Neustrukturierung anerkannt worden war.

Nach Auskunft der Landesregierung ist der Prozess bisher nicht abgeschlossen und konkrete Empfehlungen, die Berücksichtigung z. B. im Rahmen der Haushaltsaufstellung finden würden, konnten deshalb noch nicht gegeben werden.

Im Verlauf des Wahlkampfes, explizit auf einer Wahlveranstaltung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Roncalli-Haus Magdeburg am 3. März, verständigten sich Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien deshalb auf ein Moratorium, das die Beibehaltung der Förderung der Beratungsstellen auf dem gegenwärtigen Niveau beinhaltet. Mit einem solchen Moratorium sollen die Verhandlungen über die Neustrukturierung ohne zeitlichen und finanziellen Druck ermöglicht werden.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender